

[Grenzüberschreitende Verschmelzungen zwischen
Personenhandelsgesellschaften aus Deutschland und anderen EG-
Mitgliedstaaten im Lichte der Grundfreiheiten](#)

Europarechtliche Anforderungen und die grundlegende Systematik ihrer Umsetzung

Bearbeitet von
Christian Kubak

1. Auflage 2010. Buch. 266 S. Hardcover
ISBN 978 3 631 60899 9
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 500 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > Europäisches,
Internationales Gesellschaftsrecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einführung in die Thematik / Rechtliche Grundlagen	19
A. Einleitung	19
B. Rechtliche Grundlagen der untersuchten Verschmelzungen	21
I. Innerstaatliche Verschmelzungen	21
II. Grenzüberschreitende Verschmelzungen zwischen Gesellschaften aus verschiedenen EG-Mitgliedstaaten	24
1. Begriff der grenzüberschreitenden Verschmelzung / Erscheinungsformen	24
2. Europarechtliche Grundlagen / Schnittstellen zwischen europäischem und nationalem Recht	25
a) Rechtliche Einordnung der Thematik	25
b) Rolle des EuGH	28
3. Unterscheidung zwischen Sach- und Kollisionsrecht	30
4. Grundzüge der durch das deutsche Recht vorgesehenen rechtlichen Beurteilung grenzüberschreitender Verschmelzungen	31
a) Vorliegen einer grenzüberschreitenden Verschmelzung: Ermittlung des Personalstatuts beteiligter Gesellschaften	31
b) Grundlagen der durch das autonom-nationale Recht vorgesehenen Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen	35
1) Kollisionsrecht	35
(a) Grundlegende Systematik: Vereinigungstheorie	35
(b) Konkrete Anknüpfung von Voraussetzungen, Verfahren und Wirkungen	39
2) Sachrecht: Rolle des § 1 Abs. 1 UmwG	42
C. Die „Sevic“-Entscheidung und weitere relevante Fälle aus der Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften	47
I. Die „Sevic“-Entscheidung	47
1. Vorlage des LG Koblenz	48
a) Sachverhalt/Vorlagefrage	48
b) Rechtliche Hintergründe: § 1 Abs. 1 UmwG als Verstoß gegen die Grundfreiheiten – Ansichten vor dem „Sevic“-Urteil	48
2. Das Urteil des EuGH	50

II. Weitere relevante Entscheidungen zur Niederlassungsfreiheit	52
1. Zuzugsfälle	52
a) Rechtssache „Centros“	52
b) Rechtssache „Überseering“	53
c) Rechtssache „Inspire Art“	54
2. Wegzugsfälle	55
a) Rechtssache „Daily Mail“	55
b) „Obiter dictum“ in der Rechtssache „Überseering“	56
c) Rechtssache „Cartesio“	57
Teil 2: Die untersuchten Verschmelzungen im Lichte des Europarechts	59
A. Niederlassungsfreiheit	59
I. Eröffnung des Schutzbereichs	59
1. Personenhandelsgesellschaften als Teilhaber der Niederlassungsfreiheit	59
2. Einbeziehung von Verschmelzungen in den sachlichen Schutzbereich	60
a) Hereinverschmelzungen zur Aufnahme	64
1) Niederlassungsfreiheit der aufnehmenden Gesellschaft	64
2) Niederlassungsfreiheit der übertragenden Gesellschaft bzw. ihrer Gesellschafter	69
(a) Verschmelzung als Neugründung eines Unternehmens durch die übertragende Gesellschaft bzw. deren Gesellschafter	71
(1) Möglicher Ansatz	71
(2) Stellungnahme	72
(A) Übernehmende Rechtsträger als „neu“ gegründete Gesellschaft	72
(B) Neugründung durch die übertragende Gesellschaft	73
(C) Neugründung durch die Gesellschafter der übertragenden Gesellschaft	73
(b) Verschmelzung als durch die Niederlassungsfreiheit der übertragenden Gesellschaft geschützte Unternehmensveräußerung	76
(1) Möglicher Ansatz	76
(2) Stellungnahme	76
(c) Zusammenhang zwischen Verschmelzungen und (vorheriger) Sitzverlagerung des übertragenden Rechtsträgers	77

(1) Möglicher Ansatz	77
(2) Stellungnahme	78
(d) Verschmelzungen als Mittel zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit der übertragenden Gesellschaft	78
(1) Möglicher Ansatz	78
(2) Stellungnahme	79
(A) Fortführung der übertragenden Gesellschaft durch die aufnehmende Gesellschaft	79
(B) Schutz des Vorgangs durch die Niederlassungsfreiheit	81
(i) Verschmelzung als durch die Niederlassungsfreiheit geschützte Verlagerung der Primärniederlassung: Auslegung der Art. 48, 43 EG	81
(ii) Verschmelzung als Verlagerung der Unternehmensleitung	88
(iii) Relevanz der „Daily Mail“- Rechtsprechung	90
(e) Zwischenergebnis:	91
b) Hereinverschmelzungen zur Neugründung (unter Beteiligung mindestens eines RT aus einem anderen Mitgliedsstaat und eines deutschen RT als übertragenden RT)	91
c) Herausverschmelzungen zur Aufnahme	93
1) Vertretene Ansichten	93
2) Stellungnahme	95
(a) Erstreckung des „Sevic“-Urteils auf Herausverschmelzungen	95
(b) Relevanz des „Daily Mail“-Urteils/Folgen	95
d) Herausverschmelzungen zur Neugründung (mit jeweils mindestens einem ausländischen und deutschen Rechtsträger als übertragenden Rechtsträgern)	101
e) Zwischenergebnis	101
II. Staatliche Regelungen als Eingriffe und die ggf. an eine Rechtfertigung gestellten Anforderungen	102
1. Systematik der Niederlassungsfreiheit	102
a) Eingriff	102
1) Diskriminierungen	102
2) Beschränkungsverbot	104
(a) Inhalt und Anwendungsbereich des Beschränkungsverbots	104

(1) Für ausländische Rechtsträger	104
(2) Für inländische Rechtsträger	106
(b) Bedeutung des Beschränkungsverbots für die Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen ...	107
b) Rechtfertigung	108
1) Generelle Möglichkeiten der Rechtfertigung von Diskriminierungen und Beschränkungen	109
2) Rechtfertigung von Beschränkungen zur Bekämpfung von Betrug und Missbrauch	110
c) Zusammenfassung	111
2. Kollisionsrechtliche Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen im Lichte der Niederlassungsfreiheit	112
a) In der Literatur vertretene Ansichten	113
1) Sitzverlegungen unter Beibehaltung der Rechtsform des Herkunftsstaates	114
2) Sitzverlegungen unter Wechsel der Rechtsform	117
3) Zur kollisionsrechtlichen Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen	118
b) Stellungnahme	121
1) Kollisionsrechtliche Vorgaben bei Niederlassungsvorgängen einzelner Gesellschaften	123
(a) Niederlassungsvorgang unter Beibehaltung der angestammten Rechtsform	124
(1) Aus Sicht des Herkunftsstaats	124
(2) Aus Sicht des Zuzugsstaats	127
(A) Anknüpfung an die Rechtsordnung des Herkunftsstaats	128
(B) Anknüpfung an das materielle Recht des Zuzugsstaats	129
(3) Zwischenergebnis	132
(b) Niederlassungsvorgang unter Wechsel der angestammten Rechtsform	133
(1) Aus der Sicht des Herkunftsstaats	133
(2) Aus der Sicht des Zuzugsstaates	136
(3) Zwischenergebnis	136
2) Kollisionsrechtliche Vorgaben bei Verschmelzungen	137
(a) Verschmelzungen bei denen alle beteiligten Rechtsträger durch die Niederlassungsfreiheit geschützt werden	137

(1) Auswirkungen auf die Grundstruktur übertragender/übernehmender Gesellschaften	138
(2) Bewertung der durch die Vereinigungstheorie vorgesehenen Anknüpfungen	139
(A) Maßgebliche Faktoren	139
(i) Im Rahmen der Niederlassungsfreiheit anzuerkennende Regelungsinteressen der beteiligten Rechtsordnungen	139
(ii) Berücksichtigung auf Eingriffs- oder Rechtfertigungsebene	140
(B) Bewertung der Vereinigungstheorie	143
(3) Zwischenergebnis	144
(b) Verschmelzungen, bei denen nicht alle beteiligten Gesellschaften durch die Niederlassungsfreiheit geschützt werden	145
3. Sachrechtliche Behandlung grenzüberschreitender Verschmelzungen im Lichte der Niederlassungsfreiheit	145
a) Bewertung der unterschiedlichen Behandlung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Verschmelzungen	146
1) Analyse des „Sevic“-Urteils	146
(a) Niederlassungsfreiheit der inländischen Gesellschaft: § 1 Abs. 1 UmwG als Beschränkung	148
(b) Niederlassungsfreiheit der ausländischen Gesellschaft: § 1 Abs. 1 UmwG als Diskriminierung/Besonderheiten der Rechtfertigung	149
(1) Vertretene Ansichten	150
(2) Stellungnahme	152
(c) Abschließende Bewertung der im „Sevic“-Urteil zu beurteilenden Konstellation	156
2) Bedeutung für Verschmelzungen von Personenhandelsgesellschaften	157
3) Zwischenergebnis	160
b) Sonstige aus der Niederlassungsfreiheit abzuleitende Leitlinien für die Handhabung grenzüberschreitender Verschmelzungen	161
1) Spezifische Belastung durch eine marktzugangsversperrende Wirkung/Doppelbelastung	161
2) Erfassung von auch in nationalen Fällen auferlegten Belastungen	164
c) Zwischenergebnis	165

B. Kapitalverkehrsfreiheit	166
I. Systematik der Kapitalverkehrsfreiheit	166
II. Anwendbarkeit bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen/ Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	168
1. Möglichkeit der parallelen Eröffnung der Schutzbereiche von Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	170
2. Voraussetzungen einer kumulativen Prüfung beider Grundfreiheiten/Situation bei Verschmelzungen	171
a) Rechtsprechung des EuGH	172
b) Auffassungen in der Literatur	174
c) Stellungnahme	175
1) Verhältnis der Niederlassungs- und der Kapitalverkehrsfreiheit	175
2) Bedeutung der Kapitalverkehrsfreiheit bei Verschmelzungen	181
(a) Für durch die Niederlassungsfreiheit geschützte Rechtsträger	181
(b) Für nicht durch die Niederlassungsfreiheit geschützte Rechtsträger	183
(c) Zwischenergebnis	185
 Teil 3: Einfluss des Europarechts auf das Umwandlungsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten	187
A. Verhältnis zwischen Grundfreiheiten und nationalem Recht	187
B. Umsetzung des europarechtlichen Vorrangs	189
I. Umsetzung durch die Rechtsanwendung	190
1. Mit Rücksicht auf die Anwendung deutscher Rechtsnormen	190
a) Anwendungsvorrang	191
1) Systematik	191
2) Grenzen des Anwendungsvorrangs	192
(a) Europarechtliche Grenzen	192
(b) Nationale Grenzen	193
b) Primärrechtskonforme Auslegung/Rechtsfortbildung	195
1) Systematik	198
2) Primärrechtskonforme Auslegung/Abweichungen zu den herkömmlichen Auslegungsmethoden	199
3) Primärrechtskonforme Rechtsfortbildung/Abweichungen zur herkömmlichen Methodik	200
(a) Methodik richterlicher Rechtsfortbildung in nationalen Fällen	201

(1) Lückenfeststellung	202
(2) Lückenausfüllung	203
(b) Besonderheiten primärrechtskonformer Rechtsfortbildungen	204
(1) Modifikationen der Lückenfeststellung	205
(2) Modifikationen der Lückenausfüllung	207
(c) Zwischenergebnis zur Methodik primärrechtskonformer Rechtsfortbildung	209
2. Mit Rücksicht auf die Anwendung ausländischer Rechtsnormen	210
II. Umsetzung des Vorrangs durch die Rechtssetzung	211
C. Zwischenergebnis	211
 Teil 4: Grundzüge der europarechtskonformen Handhabung der untersuchten Verschmelzungsform	
A. Europarechtskonforme Handhabung des materiellen deutschen Rechts	213
I. Ausgangslage/Grundproblematik	215
II. Umgang mit dem in § 1 Abs. 1 UmwG angelegten Verbot grenzüberschreitender Verschmelzungen: Generelle Möglichkeit der untersuchten Verschmelzungen/ Grundlegende Systematik ihrer Behandlung	216
1. Auffassungen in der Literatur	216
a) Umgang mit § 1 Abs. 1 UmwG	216
b) Folgen für die Durchführung der untersuchten Verschmelzungen	216
2. Stellungnahme	219
a) Europarechtskonforme Handhabung des § 1 Abs. 1 UmwG	219
1) Möglichkeit der europarechtskonformen Auslegung	219
2) Reichweite der europarechtskonformen Auslegung	221
3) Zwischenergebnis	222
b) Konsequenzen der europarechtskonformen Auslegung: Bei betroffenen Verschmelzungen einschlägige Regelungssystematik/Europarechtliche Einwirkungen	222
1) Systematik der Beurteilung betroffener Verschmelzungen	223
(a) Anwendung der Regelungen zu inländischen Verschmelzungen/Grenzen bzw. Regelungslücken	223
(b) Substitution	227
(c) Analoge Anwendung der §§ 122 a ff. UmwG/ Anpassung	229
(1) Abgrenzung	229

(2) Analoge Anwendung der §§ 122 a ff. UmwG: Generelle Möglichkeit/Entscheidende Faktoren	230
(3) Anpassung	235
2) Europarechtliche Anforderungen/Modifikationen	237
3) Zwischenergebnis	238
B. Europarechtskonforme Handhabung ausländischer Rechtsnormen	239
I. Generelle Systematik der europarechtskonformen Anwendung ausländischer Rechtsnormen	240
II. Grenzen der dargelegten Systematik	241
III. Zusammenfassung	245
C. Zwischenergebnis	246
Teil 5: Fazit	247
Literaturverzeichnis	253